

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 9. Oktober 2023

Volle Unterstützung für Israel – Konsequentes Vorgehen gegen pro-palästinensische Terrororganisationen

Wir Freie Demokraten verurteilen den heimtückischen kriegerischen Überfall pro-palästinensischer Terrororganisationen auf Israel auf das Schärfste. Das israelische Volk und seine Armee haben bei der konsequenten Abwehr dieses Terrorangriffs und im Kampf um den Schutz der Zivilbevölkerung unsere volle Unterstützung. Die Existenz des jüdischen Staates Israel zählt für uns zum untrennbaren Kernbestand deutscher Staatsräson.

Deutschland muss jetzt alles dafür tun, das Agieren und die Finanzierung palästinensischer und pro-palästinensischer Terrororganisationen zu unterbinden.

Hauptunterstützer der radikal-islamischen Hamas und des Islamischen Djihaad ist das iranische Mullah-Regime. Es verbreitet nach innen Terror gegen die eigene Bevölkerung, beschießt nach außen mit Hilfe iranischer Verbündeter wie der libanesischen Hisbollah Israel und seine Zivilbevölkerung und gehört zu den größten Geldgebern und Waffenlieferanten der Hamas. Ohne die Unterstützung aus dem Iran hätte Hamas den Angriff vom 7. Oktober so nicht durchführen können. Wer Hamas hart treffen will, muss deshalb vor allem ihre Unterstützer treffen.

Daher fordern wir, die Sanktionen gegen den Iran gemeinsam mit EU und USA auszuweiten und auf eine Einstufung der iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation durch die EU aktiv hinzuwirken. Ferner müssen wir auf internationaler Ebene alles tun, um die Finanzierung der Hamas durch den Iran, aber auch durch andere Staaten wie z. B. Katar und private Spender aus radikal-islamischen Kreisen, effektiv zu unterbinden.

Um möglichen Missbrauch deutscher Hilfszahlungen für direkte oder indirekte Terrorfinanzierung auszuschließen, fordern wir die Bundesministerin des Auswärtigen und die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf, alle laufenden Zahlungen des AA und des BMZ zugunsten palästinensischer Einrichtungen unverzüglich einer Sonderprüfung zu unterziehen. Untersucht werden nicht nur direkte Zahlungen, sondern auch deutsche Zahlungen via EU und UN. Das Ergebnis der Überprüfung ist dem Deutschen Bundestag zur Stellungnahme vorzulegen. Bis zum Abschluss dieses Prozesses müssen die Zahlungen gestoppt werden.

Wir fordern die Innenminister in Bund und Ländern auf, unverzüglich unter Ausschöpfung aller rechtsstaatlichen Möglichkeiten ein Verbot aller palästinensischen oder pro-palästinensischen Organisationen und Verbände in Deutschland, die Terroraktionen direkt oder indirekt unterstützen, vorzubereiten und schnell auszusprechen.

Wir erwarten von den muslimischen Dachverbänden in Deutschland eine eindeutige Distanzierung vom Terror der radikal-islamistischen Hamas und gleichgesinnter Organisationen. Die muslimischen Verbände in Deutschland dürfen sich nicht selbst dadurch von der deutschen Gesellschaft entfernen, dass sie das Existenzrecht Israels infrage stellen.

Die Fehler der Migrationspolitik in den vergangenen Jahrzehnten und besonders nach 2015 zeigen sich auch in eingewandertem Antisemitismus. Diese Fehler müssen wir dringend abstellen. Dass wir Antisemitismus bei der geplanten Reform des Staatsbürgerschaftsrechts als Ausschlussgrund verankern wollen, ist ein wichtiger Baustein. Wer Antisemitismus oder antiisraelische Meinungen verbreitet, ist in Deutschland nicht willkommen und darf schon gar nicht einwandern. Freudentänze zu Terroranschlägen müssen die volle Härte des Rechtsstaats nach sich ziehen. Auch alle ausländerrechtlichen Möglichkeiten müssen in diesen Fällen ausgeschöpft werden: Wer Terror gegen Israel feiert, hat in Deutschland nichts verloren.